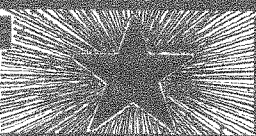
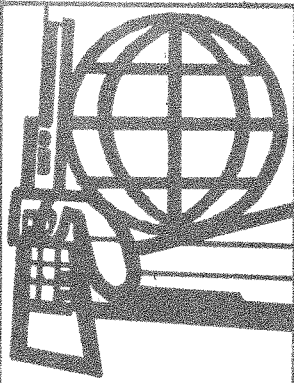


AL-DJABHA

DIE FRONT



| | |
|------------|---------|
| Nr. 2 | Preis: |
| Jahr: 1969 | -.20 DM |

Herausgeber : KOMITEE ZUR UNTERSTÜTZUNG PALÄSTINAS
in Aachen, Frankfurt und Heidelberg

6900 HEIDELBERG GRABENGASSE 14 c/o ASTA

SPENDENKONTO : FPDLP - Heidelberger Volksbank 5012

Editorial

In der 2. Nummer von AL-DJABHA veröffentlichen wir Dokumente der FPDLP, die ihre Stellung innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung anhand der Probleme, die die sechste palästinensische Nationalversammlung aufwarf, klären.

Ursprünglich war die palästinensische Nationalversammlung ein Instrument, mit dem der palästinensischen Bourgeoisie und den palästinensischen Massen eine scheinbare Selbstvertretung von den arabischen Staaten konzidiert wurde. Die erste Nationalversammlung wurde im Mai 1964 durch Achmed Schukeiri einberufen, der zuvor von der arabischen Gipfelkonferenz im Januar 1964 als offizieller Repräsentant des palästinensischen Volkes gegenüber den arabischen Staaten und der Weltöffentlichkeit eingesetzt wurde. Wie die von Schukeiri präsidierte palästinensische Befreiungsorganisation PLO hatte die Nationalversammlung vor allem die Funktion, die sich verschärfenden Widersprüche zwischen Israel und den reaktionären arabischen Kräften einerseits und dem palästinensischen Volk andererseits so zu kanalisieren, daß eine militante Selbstorganisation der Palästinenser die Interessen vor allem der ägyptischen Kleinbourgeoisie an der Erhaltung des status quo zugunsten der nationalen Sicherheit nicht gefährden konnte. Als von Schukeiri zusammenge-rufener Honoratiorenrat lieferte die palästinensische Nationalversammlung während ihrer ersten drei Sitzungen vor dem Junikrieg nur eine Legitimation für die opportunistische Politik der PLO im Dienste der arabischen Kleinbourgeoisie.

Das Gesicht der Nationalversammlung änderte sich mit der Veränderung der palästinensischen Organisationen nach dem 6-Tage-Krieg. Auf der 5. Nationalversammlung im Januar 1969 konnte A1-Fath folgende Zusammensetzung erreichen, die die Stärke der neu entstandenen militanten palästinensischen Widerstandsbewegung widerspiegelt.

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|------|
| Editorial | S. 1 |
| Interview mit Nayef Hawatmeh | S. 3 |
| Zur nationalen Einheitsfront | S. 6 |
| Zur palästinensischen Befreiungsarmee | S. 7 |
| Streik bei der UNWRA | S. 7 |
| Zur Situation der arabischen Bauern in Israel | S. 7 |

In den letzten Monaten hat innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung ein Differenzierungsprozeß eingesetzt, ohne daß es schon zu einer Polarisierung in den Massen gekommen sei, in dem sich die Kräfte, die den nationalen Befreiungskampf in Palästina mit einer sozial-revolutionären Strategie in den arabischen Ländern unmittelbar verbinden wollen, von der bisher weitaus stärkeren Richtung scheiden, die von einer zeitlichen Trennung der beiden Seiten des Kampfes ausgehen (erst die Befreiung Palästinas vom Zionismus, dann die soziale Revolution in Palästina und den arabischen Ländern) und die sehr eng mit der National- und Kleinbourgeoisie der anderen arabischen Staaten verbunden ist. Die erste der genannten Richtungen ist vor allem in der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) organisiert. AL-DJABAH hat vor allem die Aufgabe, die Politik und die Aktionen dieser, der einzigen marxistisch-leninistischen Organisation in Palästina bekanntzumachen und ihren Kampf zu unterstützen. Die Entwicklung der palästinensischen Revolution wird entscheidend von der Entwicklung des Kampfes gegen die arabische Reaktion abhängen.

Druck: J. Noth, Heidelberg

Von 105 Sitzen erhielten: Al-Fatih 33, die von der Baath-Partei Syriens unterstützte Al-Saiqueh 12, die Organisationen der PLO, die auf der 5. Nationalversammlung von Al-Fatih erobert wurden, 18, die Volksfront zur Befreiung Palästinas (FPLP), von der sich der linke Flügel noch nicht abgespalten hatte, 12, Frauen-, Studenten- (GUPS), und Arbeiterorganisationen 3, Unabhängige, vor allem Vertreter der Groß- und Nationalbourgeoisie, 28 Sitze.

Nayef Hawatmeh erklärt im ersten Teil des hier abgedruckten Interviews die Entwicklung, die zum Beitritt der FPDLP zur palästinensischen Nationalversammlung führte. Ausschnitte aus den der Nationalversammlung vorgelegten Resolutionsentwürfe schließen sich dem Text des Interviews an. Siehe auch AL-DJABHA Nr. 1: Aus dem "Entwurf zu einer demokratischen Lösung der Palästinafrage."

Die Intervention der FPDLP auf der 6. Nationalversammlung führte zwar nicht dazu, daß die vorgelegten Entwürfe von der Mehrheit angenommen wurden, zumal sich die Stimmverhältnisse nicht wesentlich verändert haben, sie bedeutete dennoch eine entscheidende Stärkung des revolutionären Flügels der palästinensischen Organisationen, da es gelang, wichtige Exponenten einer reaktionären Politik, vor allem die Vertreter der palästinensischen Großbourgeoisie auszuschließen. Das wohl wichtigste Ergebnis der von der FPDLP ausgelösten Diskussionen ist eine verschärfte Polarisierung zwischen chauvinistischen arabischen und islamischen Elementen und den Linken in den wichtigsten Widerstandsorganisationen. Es ist damit zu rechnen, daß die hier aufgebrochenen Differenzen zwischen Rechten und Linken, die bis jetzt im Namen der Klassenkooperation im nationalen Kampf vertuscht wurden, die Entwicklung des palästinensischen Widerstandes in Zukunft stark beeinflussen werden.

Der militärische Kooperationsrat, von dem im weiteren Verlauf des Interviews die Rede ist, wurde im Januar 1969 zur lockeren Koordinierung der militärischen Aktionen einiger Widerstandsorganisationen gegründet. Die FPLP, die auch nicht an der 6. Nationalversammlung teilnahm, weil sie inzwischen nicht mehr stark genug ist, ihre Interessen vor allem gegenüber Al-Fatih durchzusetzen, ist nicht im militärischen Kooperationsrat vertreten.

Die kritischen Äußerungen Hawatmehs zu den individualistischen, nur propagandistisch durchdachten militärischen Aktionen beziehen sich auf die spektakulären Aktionen der FPLP außerhalb Palästinas (Überfälle auf Flugzeuge, Botschaften, Reisebüros usw.)

Die Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten, die Hawatmeh in seiner letzten Antwort kritisiert, ist Doktrin einer der wichtigsten palästinensischen Widerstandsorganisationen. Es ist anzunehmen, daß diese Politik durch die Diskussionen, die während der 6. Nationalversammlung zutage getreten sind, in Zukunft revidiert wird.



Nayef Hawatmeh ist einer der führenden Genossen in der demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP). Er ist Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros der demokratischen Volksfront.

Darüber hinaus ist Genosse Hawatmeh ein unermüdlicher Verfechter einer revolutionären, progressiven Aktionseinheit der palästinensischen Widerstandsorga-

nisationen und ein entschiedener Gegner des Zionismus und der arabischen Reaktion und Sozialdemokratie.

Er wurde 1957 von den jordanischen Behörden in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Er emigrierte nach Libanon, später nahm er am Kampf gegen den britischen Imperialismus in Süd-Jemen und die reaktionären, militaristischen und bonapartistischen Cliquen im Irak teil. In der revolutionären Praxis erkannte er als Mitglied der Arabischen Nationalistischen Bewegung, deren palästinensische Sektion später die FPLP bildete, die wahren Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung. Er eignete sich im Laufe des Kampfes die marxistische Theorie an und begann, unterstützt von anderen Parteimitgliedern, die Arabische Nationalistische Bewegung zu reorganisieren und ihr eine sozialistische Zielsetzung zu geben.

Dem Dialektiker Hawatmeh wurde schließlich deutlich, daß eine kleinbürgerliche, chauvinistische Organisation nicht in eine progressive Massenbewegung transformiert werden kann. Mit anderen progressiven Parteimitgliedern entschied er sich für die Zerschlagung dieser Organisation. Genosse Hawatmeh spielte eine wichtige Rolle auf dem Augustkongreß der FPLP 1968. Dieser Kongreß leitete einen revolutionären Prozeß ein, der für die palästinensische und arabische Linke von großer Wichtigkeit ist. Er legte den Grundstein zur Schaffung einer marxistisch-leninistischen Widerstandsorganisation.

Als die Widersprüche zwischen dem linken und dem rechten Flügel der FPLP Ende 1968 und Anfang 1969 offen zutage traten und nachdem der rechte Flügel die Liquidierung des linken Flügels mit Waffengewalt anstrebte, entschloß sich Genosse Hawatmeh, der damals an der Organisation des Widerstandes im Irak teilnahm, zur Rückkehr nach Jordanien. Im Februar 1969 verkündeten die Linken in der FPLP die Gründung der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP und richteten einen Aufruf an die arabischen und palästinensischen Sozialisten, sich der FPDLP anzuschließen. Anfang Juni 1969 schlossen sich die Volksorganisation für die Befreiung Palästinas und der Bund der Revolutionären Palästinensischen Linken der FPDLP an.

Unter Führung des ZK und des Polit-Büros der FPDLP hat sich, nach internen Angaben von Al-Fath, die Zahl der Feddhayin der FPDLP um das 14-fache und die Zahl der Volksmiliz um das 23-fache gestärkt. Die Arbeit des Genossen Hawatmeh trug entscheidend dazu bei.

Auf der palästinensischen Nationalversammlung, die Anfang September 1969 in Kairo tagte, versuchte die palästinensische Bourgeoisie den Ostjordanier Hawatmeh von der Delegation der FPDLP auszuschließen. Dem Mitglied des ZK und des Politbüros der FPDLP wurde schließlich ein Beobachterstatus auf der Nationalversammlung zugebilligt.

Interview mit Nayef Hawatmeh

von N. SALEH, aus "AL-ANWAR", Beirut, 15. 9. 1969

In der sechsten palästinensischen Nationalversammlung, die vor kurzem in Kairo tagte, begannen sich revolutionäre Veränderungen abzuzeichnen. In den Ausschüssen und Plenardebatten der 6. Nationalversammlung legte die demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas den Delegierten mehrere Studien, Analysen und Resolutionsentwürfe vor. Die heftigen Diskussionen über diese Beiträge der FPDLP bestimmten nachhaltig den Verlauf der Nationalversammlung und führten zur Wahl des FPDLP Mitglieds Bilal Al Hassan in das Exekutiv-Komitee der Nationalversammlung. Kurz nach der sechsten Nationalversammlung traf ich einen der führenden Männer der FPDLP, Nayef Hawatmeh, der mir ein Interview über das politische, militärische und theoretische Programm der FPDLP gab.

Die Haltung der FPDLP zur palästinensischen Nationalversammlung

N. Saleh:

Die FPDLP lehnte die Teilnahme an der 5. palästinensischen Nationalversammlung Anfang 1969 ab. Kannst du uns erklären, warum die FPDLP an der 6. Nationalversammlung teilnahm? Was hat sich inzwischen an der Nationalversammlung geändert?

N. Hawatmeh:

Es ist bekannt, daß die FPDLP den anderen Widerstandsorganisationen einen Vorschlag zur Bildung einer breiten nationalen Aktionseinheit unterbreitete. Diese Aktionseinheit setzte die Gleichberechtigung aller Beteiligten auf der Basis eines politischen und militärischen Minimalprogramms voraus.

Die Einheitsfront war Gegenstand von Diskussionen in den Massen und den verschiedenen Widerstandsorganisationen und hat unsere Einstellung zur 5. palästinensischen Nationalversammlung bestimmt. Dazu kommen andere subjektive und objektive Gründe, die zur Ablehnung der Teilnahme führten: einer der subjektiven Gründe war die organisatorische, politische und ideologische

Situation des linken Flügels der FPDLP, der bis zur Nationalversammlung keine unabhängige selbständige Politik hätte treiben können. Der Aufbau von Beziehungen zu anderen Organisationen hätte organisatorische Konsequenzen für die Volksfront für die Befreiung Palästinas voraussetzen müssen. Die Anteilnahme der FPDLP - damals des linken Flügels der FPLP - an der 5. Nationalversammlung hätte die spätere Entwicklung negativ beeinflußt und dem rechten Flügel einen Vorwand geliefert, die organisatorischen und ideologischen Differenzen mit den Linken zu vertuschen und manipulativ für sich auszunutzen. Dazu kommt, daß es dem linken Flügel - FPDLP - nicht hätte gelingen können sich politisch und organisatorisch den Massen darzustellen.

Die objektiven Gründe der Nichtteilnahme an der 5. Nationalversammlung lagen darin, daß diese Nationalversammlung politisch und ideologisch von der palästinensischen Rechten beherrscht war. Die 5. palästinensische Nationalversammlung hätte, durch die Teilnahme der Linken, das Programm der nationalen Aktionseinheit in den Augen der Massen zugunsten der Interessen der reaktionären Klassen verfälschen können. Es ist uns allen bekannt, daß die ersten drei Nationalversammlungen von den reaktionärsten Parlamenten nicht zu unterscheiden waren. Der Beitritt einiger Widerstandsorganisationen in die 4. und 5. Nationalversammlung hatte bis dahin keine konkreten positiven Änderungen herbeigeführt, insbesondere was die palästinensische Befreiungsbewegung angeht. Dazu kommt, daß die palästinensischen Widerstandsorganisationen keinen allzugroßen Repressionen ausgesetzt waren, was natürlich eine "Einheit" um jeden Preis nicht als eine unabdingbare Notwendigkeit erscheinen ließ.

Nach der 5. Nationalversammlung änderten sich die Verhältnisse. Die palästinensische Linke konstituierte sich in der FPDLP und konnte sich in den letzten Monaten politisch, organisatorisch und militärisch konsolidieren. Sie konnte sich mit den unterdrückten Bevölkerungsschichten als eine marxistisch-leninistische Organisation verbinden, ohne Unterdrückungsgefahren seitens der palästinensischen Rechten in der Nationalversammlung befürchten zu brauchen. Demnach, also nach der Konsolidierung der politischen, organisatorischen und ideologischen Selbständigkeit, begann die palästinensische Linke, vertreten in der FPDLP, die Beziehungen zu anderen Widerstandsorganisationen durch ihre Praxis als gleichberechtigter selbständiger Partner aufzubauen.

Auf arabischer und internationaler Ebene haben sich die Verhältnisse im Bezug auf die Palästina-Frage geändert: die vier Großmächte verstärkten ihre Anstrengungen zur Durchsetzung der UN-Resolution vom 22. November 67; die arabische Konterrevolution intensivierte ihre Arbeit zur Einschränkung der Aktivitäten und Aktionen der Widerstandsbewegung. Dazu kommt, daß die Palästina-Frage in eine neue Phase nach den israelischen Knesseth-Wahlen im kommenden November eintreten wird, da der israelische Staat nach den Wahlen beweglicher und möglicherweise aggressiver oder kompromißbereiter sein wird. All dies erfordert von der FPDLP größere Wachsamkeit und die Bereitschaft zur Transformierung der Nationalversammlung in eine Aktionseinheit aller patriotischen und sozialistischen Kräfte. Man muß zugeben, daß die Widerstands-

organisationen - Al Fath und Al-Saiqeh- ein politisches Gewicht in der Nationalversammlung haben und daß die Kräfteverhältnisse sich in der Nationalversammlung zugunsten der Widerstandsbewegung verschoben haben.

Abgesehen von diesen objektiven Verhältnissen hat die FPDLP an ihrem Programm zur Bildung einer "progressiven Aktions-einheit mit einem Minimalprogramm" festgehalten und das Programm den Delegierten der Nationalversammlung, insbesondere denen der Widerstandsbewegung als Alternative zu der bisherigen Nationalversammlung vorgelegt. Die Verhältnisse innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung scheinen allerdings für eine solche Aktions-einheit noch nicht reif. Es stellte sich für die FPDLP die Frage: Was tun?

Entweder die jetzige Einheitsform ablehnen, was den Anschein des Linksradikalismus erweckt oder der Nationalversammlung beitreten, ohne auf die organisatorisch, politische und ideologische Unabhängigkeit zu verzichten.

Wir gehen von folgender Fragestellung aus:

Die revolutionäre Linke bildet unter den heutigen Gegebenheiten die Organisation, die nicht nur die Klassenverhältnisse analysiert, sondern die darüber hinaus diese Verhältnisse durchschaut, sich für die Änderung dieser Verhältnisse einsetzt und auf zwei Fronten kämpft: die eine Front betrifft die Beziehungen zu den anderen Organisationen und die andere die Beziehung zu den Massen.

Demzufolge, und weil die anderen Organisationen unserem Vorschlag zur nationalen Aktionseinheit aller Kämpfenden nicht zustimmten, sind wir aufgefordert, in den jetzt bestehenden Zusammenschlüssen der nationalen Organisationen mitzuarbeiten und gleichzeitig für die Transformierung dieser Zusammenschlüsse in eine nationale Aktionseinheit in der Nationalversammlung und auf der Straße zu agitieren. Dies wurde in den Diskussionen der 6. Nationalversammlung über die Studien, Programme, Resolutionsentwürfe etc. der FPDLP deutlich und unmißverständlich dargelegt. Die Massen, die geschult und politisiert werden müssen, haben in der Zukunft über die verschiedenen Formen der Einheitsfront zu entscheiden. Die anderen Organisationen werden sich den Forderungen der Massen nicht entziehen können.

Über die Resolutionen und Programmentwürfe der FPDLP

N. Saleh: Mit welchen Vorstellungen kam die FPDLP zur Nationalversammlung? Was waren ihre Forderungen?, und was sind die Ergebnisse?

N. Hawatmeh: 1. Vor der Tagung der palästinensischen Nationalversammlung gab es Gespräche zwischen der FPDLP und den anderen Organisationen. Die FPDLP machte deutlich, daß ihre Teilnahme an der 6. Nationalversammlung von den folgenden Bedingungen abhängt:

- Isolierung aller suspekten Organisationen von der Nationalversammlung
- Akzeptierung der heutigen Organisationen und Ablehnung anderer Organisationen die von Fall zu Fall gegründet werden und keine politische und ideologische Legitimation haben.

- Ausschluß aller reaktionären, suspekten, nationalverräterischen Elemente sowie auch der Millionäre und Feudalisten von der Nationalversammlung.

- Säuberung des Exekutiv-Komitees von den Reaktionären und Millionären.

Als die anderen Organisationen unsere Forderungen akzeptierten, beschloß die FPDLP, an der 6. Nationalversammlung teilzunehmen, ihre Programme und kritischen Resolutionsentwürfe der Nationalversammlung zu unterbreiten und sie gleichzeitig den palästinensischen Massen darzulegen.

Auf der Straße organisierte die FPDLP eine Massenkampagne, deren Zielsetzung es war, Druck auf die Nationalversammlung auszuüben, um die notwendigen Reformen herbeizuführen.

Einige unserer Programme waren:

- Ein politisches, organisatorisches, militärisches und finanzielles Programm der nationalen Aktionseinheit
- Ein Programm zur Transformierung der "Palestine Liberation Organisation" (PLO) in eine Volksorganisation durch Abschaffung der bürokratischen Apparate; Umfunktionierung der Befreiungsarmee in eine Partisanen-Volksarmee, d.h. Abschaffung der Klassenprivilegien (- Militärgrade und Gehälter-) und Aufbau solcher Verhältnisse, sie durch demokratische Wahlen bestimmt werden müssen, und nicht zuletzt die Gründung von Soldatenräten in der Befreiungsarmee.

2. Zum Anderen untersuchten die Delegierten der FPDLP kritisch die Verhältnisse in den Widerstandsorganisationen und die Beziehungen der Widerstandsbewegung zu den Massen. Ein Programm zur Reorganisierung der Beziehungen zwischen der Widerstandsbewegung und den Massen wurde ausgearbeitet und der Nationalversammlung und den Massen vorgelegt.

3. Ein anderes Programm zur Festlegung der Beziehungen zu den arabischen Regierungen wurde entworfen. Wir legten unsere Position diesen Regierungen gegenüber dar und forderten eine kritische Haltung der Widerstandsorganisationen zu diesen Herrschaftsapparaten. Diese Studie wurde auch den Massen vorgelegt und mit ihnen in Versammlungen und auf der Straße diskutiert.

4. Darüber hinaus haben wir einen Resolutionsentwurf zur Palästina- und Israelfrage ausgearbeitet. Eure Zeitung hat ihn auch veröffentlicht. Dieser Entwurf geht von der Ablehnung der zionistischen chauvinistischen Lösungen, die Expansion Israels und der arabischen Lösungen, die die Ausrottung der Juden proklamieren und voller antijüdischer Parolen sind aus.

In diesem Resolutionsentwurf wurde deutlich gezeigt, dass eine gerechte progressive Lösung in der Zerschlagung des rassistischen Staates Israel - also Armee, Polizei und Verwaltung - sowie auch aller chauvinistischer politischer und gewerkschaftlicher Organisationen und im Aufbau eines palästinensischen volksdemokratischen Staates, worin Juden und Araber gleichberechtigt leben können. Dieses volksdemokratische Palästina soll dann als Bastion zur Unterstützung der Revolution in den arabischen Ländern fungieren.

Diese Lösung kann nur durch den revolutionären Volkskrieg und durch Anteilnahme der israelischen sozialistischen Elemente und Gruppen sowie aller progressiven Juden verwirklicht werden. Die FPDLP forderte die sechste

Nationalversammlung auf, die israelischen und jüdischen progressiven Kräfte aufzurufen, sich der palästinensischen Widerstandsbewegung anzuschliessen und für den palästinensischen volksdemokratischen Staat zu arbeiten.

In der Tat waren die Fragen, die von der FPDLP angeregt wurden die Achse, um die sich die Diskussionen der Nationalversammlung drehten. Es gab verschiedene politische Richtungen. Die eine Richtung trat offen reaktionär auf und bekämpfte die progressive Richtung innerhalb der Widerstandsbewegung.

Die Ergebnisse, wenn man von Ergebnissen reden kann, waren die, daß wir unsere Position darstellten und dadurch einen Prozeß einleiteten. Es zeichnete sich ein Differenzierungsprozeß zwischen den Progressiven einerseits und den reaktionären Rechten in der Nationalversammlung andererseits ab.

zur Zusammenarbeit im militärischen Koordinierungsrat

N. Saleh: Wie schätzt Du die Erfahrungen der FPDLP im militärischen Koordinierungsrat ein? Und was sind die Pläne der FPDLP zur Verbesserung des Rates?

N. Hawatmeh: Ausgehend von der richtigen Einschätzung der Lage und der Notwendigkeit zum Handeln trat die FPDLP diesem Koordinierungsrat bei, mit der Strategie ihn weiter zu entwickeln. Jede Ablehnung der Anteilnahme entspringt einer falschen Einschätzung und deutet auf einen linken oder rechten Opportunismus.

Vor zwei Monaten legte die FPDLP einen Entwurf zur Transformierung des Koordinierungsrates in eine revolutionäre Aktionseinheit vor. Eine solche Aktionseinheit ist die einzige Garantie dafür, daß die individuellen durch heldenhaften Kommandoaktionen sich zu einem Volksweg weiterentwickeln. Gemeinsame Planung und Kommandoaktionen können die palästinensische Widerstandsbewegung effektiver und präsenter werden lassen und verhelfen uns zur Bildung von revolutionären Kadern und einer Basis in den besetzten Gebieten Palästinas. Die subjektive Lage der verschiedenen Organisationen im militärischen Koordinierungsrat verhindert eine solche Aktionseinheit ..

Über zwei Typen von militärischen Aktionen

N. Saleh:

Die FPDLP führte in der letzten Zeit zwei große Kommandoaktionen, Die Rote-Linie-Aktion und Die Ho-Chi-minh-Aktion durch. Verfolgt die FPDLP mit solchen Aktionen ein strategisches Ziel?

N. Hawatmeh: Man kann in der Tat von zwei verschiedenen Arten der Kommandoaktionen sprechen: Die eine entspringt Überlegungen zur weiteren Entwicklung des Guerillakampfes, als Ausdruck breitorganisierter und strategisch durchdachter

Planung; wie z.B. die Rote-Linie- und die Ho-Che-Minh-Aktion; und die andere entspringt einer individualistischen propagandistisch durchdachten Planung. Beide Kommandoformen entspringen ihrerseits verschiedenen und sich widersprechenden theoretischen Hintergründen.

Kollektiv organisierte Aktionen sind Ausdruck der Massenmobilität und der Notwendigkeit der Massenbeteiligung am revolutionären Kampf. Durch solche Aktionen wird das Interesse der Massen an der Teilnahme erweckt und sie setzen daher einen Lern- und Mobilisierungsprozeß in Gang.

Die individualistischen, propagandistisch durchdachten Aktionen entspringen rückständigen theoretischen Überlegungen und bleiben trotz aller Propaganda und Demagogie ineffektiv. Solche Aktionen schaden der Massenbewegung, weil durch die Fixierung auf individualistisches Heldentum viele Probleme auftreten, dies der Widerstandsbewegung Schaden zufügen können. Die großen Aktionen, wie die Rote-Linie- und die Ho-chi-minh-Aktion zeigen eine neue Entwicklung und schaffen die Fixierung auf individuelle Heldentaten ab.

Nehmen wir z.B. die vietnamesische Entwicklung: Sie begann mit kleinen Aktionen und trug durchaus einen individualistischen Charakter. Sie entwickelte sich so größeren Aktionen, zum Partisanenkampf und dann zu einem breiten Volkskrieg. Diese Entwicklung muß ein Modell der palästinensischen Widerstandsbewegung sein. Die vietnamesische Revolution ist durchaus imstande die amerikanischen Interessen ausserhalb Vietnams zu verfolgen und dabei dem US-Imperialismus große Verluste zuzufügen. Ich glaube, daß die vietnamesische Revolution fähiger als andere Widerstandsorganisationen ist, die Interessen des US-Imperialismus überall anzugreifen. Diesen Weg hat sie allerdings aus ideologischen Erwägungen abgelehnt, weil individualistische und nur propagandistisch-vermittelbarer spektakulärer Aktionen der Strategie des Volkskrieges nicht weiterhelfen können.

Die größeren Massenaktionen waren zu Anfang das Ergebnis neuer strategischer Ansichten zur Konsolidierung und Fortentwicklung des revolutionären Kampfes. Sie schaffen die Verbindung mit den Massen. Wir müssen uns, auch bei anderen Organisationen, für solche Kommandoaktionen einsetzen.

Das Verhältnis der FPDLP zu anderen Organisationen und zu den Massen

N. Saleh: Kann man sagen, daß das was Ihr bei der Gründung der FPDLP verkündet habt in die Praxis umgesetzt wurde ?z.B Politisierung der Kämpfenden, Politisierung und Schulung der Massen, Aufbau einer Massenorganisation..etc?

N. Hawatmeh: Der Prozeß, den die FPDLP einleitete, stellt theoretisch, politisch und klassenmäßig eine neue Erfahrung in der palästinensischen Widerstandsbewegung dar. Zum ersten Mal in der Geschichte dieses Gebietes greifen die armen Massen zur Waffe, um ihre nationalen und Klasseninteressen zu verteidigen, allerdings nicht unter der Führung und mit

den Ideologien der herrschenden Klassen, sondern mit der Führung und Ideologie der unterdrückten Klassen. Es ist deutlich geworden, daß die FPDLP eine sehr breite Zustimmung unter den Massen hat, weil sie und weil die subjektive Erfahrung der Massen es durchaus klar machten, in wessen Interessen die Befreiung liegt. Jede kritische und objektive Untersuchung der Verhältnisse läßt erkennen, daß die Kader der FPDLP, seien es die der Kampfbasis, seien es die der Volksmiliz politisch revolutionär geschult sind. Die Kader der FPDLP sind die der Arbeiterklasse, der armen Bauern und Flüchtlinge. Die Führung dieser Kader stammt aus ihrer Mitte, und engagiert sich für die Interessen der unterdrückten Klassen unter demokratischen Verhältnissen und ohne jegliche moralische oder materielle Previligierung. Die FPDLP schlug einen revolutionären Kurs ein und stützt sich dabei auf die Massen. Ihre Stärke und ihre finanziellen Mittel bezieht sie ausschliesslich von diesen Massen. Dieser Kurs verschaffte ihr das Vertrauen der Massen.

N. Saleh: Kannst Du die Gefahren darstellen, den die palästinensische Widerstandsbewegung in dieser Phase ausgesetzt ist?

N. Hawatmeh: Nach der Einschätzung der FPDLP ist die palästinensische Widerstandsbewegung den folgenden Gefahren ausgesetzt, die tödlich sein können, wenn sie nicht durchdacht und gründlich behandelt und beseitigt werden.

1. Die Zersplitterung und die Vielzahl der Organisationen. Einige Organisationen haben subjektiv in der Tat eine Legitimation, viele allerdings weder subjektiv und objektiv. Die Vielzahl der Organisationen ist ein Ausdruck der politischen Widersprüche im palästinensischen Volk. Einige wie schon gesagt wurde, haben eine ideologischen und Klassenlegitimation, andere die sich von diesen Organisationen nicht unterscheiden, verlieren damit ihre Legitimation auf eine eigene organisatorische Selbständigkeit. Deshalb hat die FPDLP alle Organisationen zur Einheit aufgerufen, die auf einen gemeinsamen politischen und ideologischen Boden stehen. Dies macht auch die Aktions-einheit leichter.

2. Die Beziehungen zu den palästinensischen Massen, deren Bewegung durch die Spontaneität und die politische Demagogie bestimmt wird. Diese Verhältnisse können und müssen durch die politisch bewußte Schulung und durch einen Lernprozeß auf gehoben werden. Die palästinensische Widerstandsbewegung muss mit den Massen politisch und offen reden, sie über die Rolle aller Klassen informieren die Beziehungen zu den arabischen Herrschaftsapparaten kritisch darstellen und die Rolle der reaktionären Staaten vor den Massen entlarven.

Manche Elemente in der Widerstandsbewegung versuchen die innerarabischen Verhältnisse zu vertuschen, die die Entwicklung der Palästinafrage entscheidend beeinflussen. Diese Elemente betreiben eine demagogische Politik und manipulieren die Massen indem sie emotional mit ihnen sprechen ohne jegliches kritisches Bewußtsein und kritische Darstellung der Gefahren, mit denen die Widerstandsbewegung konfrontiert ist. Somit machen diese Elemente - bewußt oder unbewußt, dies ist unwichtig - die Widerstandsbewegung zum Instrument in den Händen der Anbieter der friedlichen Regelung. Der "Gesellschaft der Palästina-Problem - Aktionäre" leisten diese Elemente durch ihr Schweigen

All diese Probleme müssen gelöst werden. Die Lösung erfordert allerdings:

- + Eine revolutionäre Aktionseinheit mit einem Minimalprogramm.
- + Bessere und politisch-organisierte Beziehungen zu den Massen auf der Grundlage einer kritischen Haltung auf palästinensischer, arabischer und internationaler Ebene.
- + Verbindung des palästinensischen Kampfes mit dem Kampf der arabischen Massen gegen den Imperialismus, Zionismus, die palästinensischer und arabische Reaktion. Diese Reaktion ist der Verbündete des Imperialismus.

N. Saleh: Einige sagen: Die FPDLP propagiert den Kampf der Palästinenser in den arabischen Ländern. Ist das richtig?

N. Hawatmeh: Aus den Vorhergesagten ist unsere Position sehr deutlich. Die FPDLP definiert ihre Haltung zu den arabischen Staaten danach, wie sich diese Staaten gegenüber Israel und dem Imperialismus verhalten. Wenn nun einige Staaten mit dem Imperialismus gute Beziehungen unterhalten, so behindern sie objektiv die Befreiung Palästinas. Die FPDLP hat die Aufgabe diese Staaten zu entlarven und zu bekämpfen. Wenn wir nun eine Position zu den reaktionären arabischen Staaten beziehen, dann nicht deswegen, weil wir uns in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten einmischen wollen, sondern deswegen, weil wir die Einmischung dieser Staaten durch ihre Verbundenheit mit dem Imperialismus in die Palästinafrage einerseits bekämpfen, und die unterdrückten Völker dieser Staaten andererseits unterstützen. Die FPDLP ruft die Palästinenser nicht zum Kampf in den arabischen Staaten auf, sondern sie fordert durch ihre Politik die arabischen Staaten zu einer nationalen Haltung gegenüber der Palästinafrage. Jede andere Haltung müssen die palästinensischen und arabischen Massen bekämpfen.

Aus dem "PROGRAMMENTWURF DER FPDLP ZUR NATIONALEN EINHEIT"

Die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästina FPDLP legte der palästinensischen Nationalversammlung auf ihrer Tagung Anfang September 1969 in Kairo mehrere Studien und Analysen vor. Aus dem Programmentwurf zu einer Nationalen Einheitsfront geben wir einige Vorschläge wieder. Die genannten Studien und Analysen der FPDLP werden wir zu gegebener Zeit in deutscher Sprache veröffentlichen.

I. Aufgaben der Nationalen Einheitsfront:

- a. Die Nationale Einheitsfront lehnt die UN-Resolution zur Beilegung des Konflikts, die vom Sicherheitsrat am 22. November 1967 verabschiedet wurde ab. Sie garantiert Israel sichere Grenzen und spricht dem palästinensischen Volk das Selbstbestimmungsrecht ab. Die Einheitsfront hat alle arabischen oder internationalen Anstrengungen zur Durchsetzung dieser Resolution zu bekämpfen.

- b. Die Nationale Einheitsfront führt einen gerechten Krieg gegen Israel und die zionistische Organisation. Das Ziel dieses Kampfes ist die Abschaffung des israelischen Staates.

- c. Die reaktionären arabischen Staaten sind ein Garant der imperialistischen und zionistischen Interessen in diesem Gebiet. Sie sind ein Gewaltorgan zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegungen der arabischen Völker. Die Nationale Einheitsfront hat sich darum mit den Befreiungs-

Der Kampf gegen Israel und die arabische Reaktion ist grundsätzlich gegen den US-Imperialismus und seine Interessen in diesem Gebiet gerichtet.

d. Die Nationale Einheitsfront ist ein Bestandteil der jordanischen Befreiungsbewegung. Sie ist ein Produkt der sozialen und ökonomischen Verhältnisse im jordanischen Staat; deshalb muss die palästinensische Einheitsfront:

- zu den Ereignissen in Jordanien Stellung nehmen.
- + Die Intervention des jordanischen Staates in die Angelegenheiten der Widerstandsbewegung ablehnen.
- + sich für die demokratischen Rechte der jordanischen Massen einsetzen, diese Massen in die Volksmiliz einreihen.
- palästinensisch-jordanische Gewerkschaften und Organisationen aufbauen.
- + die korrumpierten reaktionären Elemente und Gruppen bekämpfen... usw

e. Die jüdische Bevölkerung in Palästina war einer langjährigen Unterdrückung in Europa unterworfen. Das europäische Kapital ist für diese Unterdrückung verantwortlich. Die Lösung der Judenfrage liegt in der sozialistischen Revolution.

Die Nationale Einheitsfront kämpft für die Abschaffung des rassistischen Staates Israel und den Aufbau eines volkdemokratischen palästinensischen Staates, worin Juden und Araber gleichberechtigt leben können. Nur ein solcher Staat kann ein friedliches Miteinanderleben des arabischen und jüdischen Volk in Palästina garantieren. Der volkdemokratische palästinensische Staat kann jede Ausbeutung, jede nationale Unterdrückung und jeden Rassismus aufheben.

Die palästinensische Einheitsfront ruft deshalb alle sozialistischen und progressiven israelischen und jüdischen Gruppen auf, sich der palästinensischen Widerstandsbewegung anzuschließen.

Aus dem "PROGRAMMENTWURF FÜR DIE PALÄSTINENSISCHE BEFREIUNGSMILIZ"

+ Die palästinensische Einheitsfront hat sich für die Demokratisierung der Verhältnisse in den verschiedenen Organisationen einzusetzen:

- + durch Abschaffung der traditionellen militärischen Ränge
- + durch Abschaffung der Gehälter in der palästinensischen Befreiungsmiliz und den Widerstandsorganisationen. Die Gehälter müssen durch eine angemessene Unterstützung der Familien der Kämpfer ersetzt werden. Die Proportionalität zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Unterstützungsbetrag darf die 1:2 Quote nicht übersteigen.
- + Die Einheitsfront verpflichtet sich zur Schaffung von Soldatenräten in der palästinensischen Befreiungsmiliz und des Räteystems in den Basis der Widerstandsorganisationen... usw

STREIK BEI DER UNWRA

Der Imperialismus setzt seine Vertreibungspolitik gegenüber dem palästinensischen Volk fort, indem er es der Kontrolle durch Organisationen unterwirft, die die palästinensischen Flüchtlinge gerade eben am Leben erhalten, aber verhindern sollen, daß es sich selbstbewußt entwickeln und organisieren kann. Neben dem jordanischen Staatsapparat spielt dabei die UN-Flüchtlingsorganisation UNWRA (United Nations Work and Relief Agency)

eine hervorragende Rolle. Auch gegenüber den in ihrer Organisation direkt beschäftigten Arbeitern hält die UNWRA daran fest, den Palästinensern gerade so viel zukommen zu lassen, daß sie nicht verhungern: Ein Lagerarbeiter in einem Flüchtlingscamp verdient ca. DM90,-, sein Direktor ca. DM 800,-.

Anfang September sind die Arbeiter bei der UNWRA in Jordanien in den Streik getreten. Sie protestierten damit nicht nur gegen ihre eigene schlechte Entlohnung, sondern gegen die Politik des Imperialismus gegenüber den Palästinensern.

Den Arbeitern schlossen sich die Lehrer in den UNWRA-Schulen an. Mit der ökonomischen und politischen Unterdrückung der Flüchtlingsmassen verbindet sich die kulturelle durch das UNWRA-eigene Schulsystem. Die letzte UNESCO-Konferenz 1968 in Paris hat diese Politik formuliert: Der Unterricht in palästinensischer Geschichte wird abgeschafft, Arbeiter und Lehrer können bei Widerständigkeit fristlos entlassen werden, Tarifregelungen über lange Jahre hinweg verhindern jede ökonomische Verbesserung des Schulpersonals.

Der gemeinsame Kampf von Lehrern und Arbeitern in den Flüchtlingslagern ist ein Ausdruck des wachsenden antiimperialistischen Kampfwillens der palästinensischen Massen. In einer Erklärung zum Streik klärte die FPDLP die Massen über die imperialistische und kulturimperialistische Funktion der UNWRA auf und stellte folgende Parolen auf:

- + Kampf für nationale und progressive Unterrichtsprogramme in den Schulen der UNWRA
- + Kampf gegen die neuen UNESCO-Regelungen
- + Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen der palästinensischen Arbeiter !

Zur Situation der arabischen Bauern in Israel

Emil Toma, Mitglied des ZK der kommunistischen Partei Israels ("Rakach") hat in mehreren Artikeln die Lage der arabischen Bauern in Israel - bezogen auf die Grenzen von 67 - untersucht. Wir referieren einen dieser Artikel (Al Ittihad vom 11. 10. 1968), der die Apartheid-Politik der israelischen Regierung gegenüber der arabischen Bevölkerung auf dem für diese am wichtigsten ökonomischen Sektor, der Landwirtschaft, beschreibt.

Die Araber machen heute 11% der Gesamtbevölkerung Israels, jedoch 41% seiner Landbevölkerung aus. 1968 waren 44,7% des 164 000 Personen umfassenden arabischen Arbeitskräftepotentials überhaupt produktiv tätig, nämlich 66 000 männliche und 68 000 weibliche Arbeitskräfte.

85% der beschäftigten Arbeitskräfte sind in den folgenden vier Sektoren tätig:

- 41,2% in der Landwirtschaft
- 16,1% im Bauwesen
- 15,7% in der Industrie
- 12% im Dienstleistungssektor.

Gegenüber dem für die bloße Subsistenz der arabischen Bevölkerung wichtigsten ökonomischen Sektor, der Agrarwirtschaft, betreibt die israelische Regierung eine Politik der Austrocknung, die mit den Mitteln der gesetzförmigen und der faktischen Unterprivilegierung die Konkurrenzfähigkeit der arabischen Landwirtschaft innerhalb Israels vernichten soll. Tatsächlich setzt die israelische Regierung die von der Jewish Agency vor der Staatsgründung betriebene Politik der nationalen Verdrängung der arabischen Bauern auch heute noch fort. Die Mittel sind: 1. Legalisierter Landraub; 2. eine rassistische Strukturpolitik zu Ungunsten der Araber und 3. die Unterbewertung der arabischen Produkte auf dem Markt.

ad 1) Der Knesseth-Abgeordnete Emil Habibi warnte im Juli 1966 die israelische Gesetzgebung davor, durch die Verabschiedung neuer Gesetze 42 arabischen Dörfern in Galilea 400 000 Donum von insgesamt 702 000 Donum zu nehmen und dadurch die Araber ökonomisch zu verdrängen. Ein weiteres Beispiel des legalisierten Landraubs ist die Beschlagnahme von 5 000 Donum Land der arabischen Dörfer Al Bina, Deir Assad, und Nahf zur Gründung des jüdischen Dorfes Al Karmel. Durch diese Beschlagnahmen erlitten die betroffenen arabischen Dörfer einen schweren wirtschaftlichen Rückschlag.

ad 2) In seiner Knesseth-Rede über das israelische Budget 1968/69 verurteilte der Abgeordnete Tawfiq Toubi die Apartheid-Politik der Regierung und zeigte deutlich auf, daß die Behörden sehr wenig für die arabischen Dörfer tun. Toubi sagte: "Das Budget zur Entwicklung der arabischen Agrarwirtschaft ging von 1,8 Mio. israelische Pfund im Jahre 1965/66 auf 1,5 Mio. im Jahre 66/67 und auf eine halbe Million im Jahre 67/68 und dem Jahr danach zurück. Dieses Budget zur Unterstützung der arabischen Agrarwirtschaft macht nur 0,8% des Gesamtbudgets zur Unterstützung der Agrarwirtschaft in Israel aus." Diese Politik verursacht entscheidend den unterschiedlichen Entwicklungsgrad der arabischen und der jüdischen Agrarwirtschaft. Während das bewässerte jüdische Land 47%, d. h. 1 575 000 Donum, des bebauten jüdischen Landes ausmacht, nimmt das bewässerte arabische Land nur 4,6%, d. h. 40 000 Donum des bebauten arabischen Landes ein. Diese Verhältnisse produzieren immer wieder den unterprivilegierten arabischen Lebensstandard und bestimmen die Rückständigkeit der Produktionsmittel. Logischerweise wird die jüdische Produktion pro Donum Land höher sein als die arabische. Die folgenden Zahlen geben hierzu einen Überblick:

| Produkt | Jüdische Produktion in kg pro Donum | Arabische Produktion in kg pro Donum |
|--------------|--|---|
| Weizen | 265 | 120 |
| Hopfen | 240 | 95 |
| Häcksel | 375 | 280 |
| Sonnenblumen | 105 | 75 |
| Zuckerrüben | 4725 | 1900 |

Die jüdische Tabakproduktion erreicht 1 to. auf 13 Donum, die arabische hingegen nur 1 to. auf 19 Donum. Die Olivenproduktion zeigt ungefähr das gleiche Ergebnis.

ad 3) Die Unterprivilegierung der arabischen Agrarproduktion zeigt sich scharf im Preisunterschied zwischen den arabischen und jüdischen Produkten. Dazu die folgenden Zahlen:

| Produkt | jüdische Produkte | | arabische Produkte | |
|------------|-------------------|---------|--------------------|---------|
| | isr. L | pro to. | isr. L | pro to. |
| Weizen | 288 | | 265 | |
| Kartoffeln | 270 | | 220 | |
| Oliven | 947 | | 632 | |
| Tabak | 4457 | | 3316 | |

Als besonders schwerwiegend fallen die Tabak- und Olivenproduktion ins Gewicht, weil der arabische Produktionsanteil den jüdischen mehrfach übersteigt: Die arabischen Bauern produzieren jährlich 1248 to. Tabak, die jüdischen dagegen 280 to.; die Olivenproduktion der arabischen Bauern beträgt jährlich 16500 to., die der jüdischen 8000 to. Ein weiteres Beispiel vermag zu zeigen, wie die Unterprivilegierung der arabischen Bauern auf dem Markt auch staatlich organisiert wird. Mitte 1968 unterstützte die Regierung die Konzerngesellschaften gegen die Bauern, indem sie den Zwiebelpreis auf 0,145 Pfund pro Kilogramm herabsetzte, während die Abmachungen zwischen den arabischen Bauern und dem Agrar-Department ihn auf 0,17 Pfund pro Kilogramm zuvor festgelegt hatten.

Wir können die arabische Agrarwirtschaft im Verhältnis zur gesamtisraelischen Agrarwirtschaft folgendermaßen resumieren:

Der bebaute arabische Boden macht 20 %, d. h. 865 000 Donum, des gesamten israelischen bebauten Bodens aus. Der Anteil der arabischen Produktion beträgt aber nur 7 % der gesamten israelischen Agrarproduktion. Trotzdem versucht die israelische Regierung den arabischen Bauern Sand in die Augen zu streuen. Anlässlich des 20. Jahrestages der Unabhängigkeit schrieb die arabischsprachige Regierungszeitung "Al Yom" ("Der Tag") unter dem Titel: "Zwanzig Jahre Fortschritt": "Während das bewässerte arabische Land im Jahre 1948 nur 8 000 Donum umfasste, ist es im Jahre 1968 auf 33 000 Donum gestiegen. Darüber hinaus wurde die Agrarwirtschaft mechanisiert. Von 5 Traktoren im Jahre 1968 stieg die Zahl der Traktoren, Agrarmaschinen und Mähmaschinen auf dem arabischen Agrarsektor auf 500."

Dieses Gerede ist nichts anderes als eine bloße Manipulation, wenn man den überall gemachten Fortschritt der armen Völker einerseits berücksichtigt und die 9 Milliarden Dollar-Hilfe an Israel in Betracht zieht. Die benachbarten arabischen Länder haben nicht weniger für die arabischen Bauern getan, abgesehen davon, daß diese Länder auf sich angewiesen sind. Trotz der Regierungspropaganda können wir feststellen, daß es auf dem arabischen Agrarsektor in Israel eher Rückschritt als Fortschritt gibt. Wenn sich ein Fortschritt zeigt, dann nur darin, daß die arabischen Bauern trotz der Verdrängungspolitik ihr Land weiter bebauen und selbständig kultivieren.

Alle Statistiken sind dem Statistischen Jahrbuch der israelischen Regierung entnommen.
(1 Donum = 919 m²)